



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IZ/196 - 20.8.1954

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 099890

EVG-Krise auf dem Höhepunkt	S. 1
Hintergründe in Marokko	S. 2
Im Vorfeld des niedersächsischen Wahlkampfes	S. 4
Mißbrauchte Gastfreundschaft	S. 6

EVG ohne Zukunft

r. Die Dinge stehen in Brüssel auf des Messers Schneide. Ein plötzlicher Abbruch der Verhandlungen ist ebenso möglich, wie eine weitere Kompromiss-Sache über den Sonnabend hinaus. Ausgeschlossen erscheint allein die einfache Annahme der französischen Vorschläge.

Bei alledem wird der Torso-Charakter der in Brüssel vertretenen Staatengruppen besonders deutlich. Anwesend sind die Repräsentanten eines Teilstaates, dessen andere Hälfte im sowjetischen Machtbereich liegt, zweier weiterer Länder, in denen die kommunistischen Parteien mit zu den stärksten gehören, und von drei Staaten, deren Schwäche im weltpolitischen Maßstab ihnen gewiß nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, aber nun einmal Tatsache ist.

Für die Bundesrepublik hat der Kanzler zu den französischen Vorschlägen "unannehmbar" gesagt. Die eifrigsten Befürworter der EVG sind, wie man weiß, die nicht anwesenden Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist unverkennbar, dass ihren Part in Brüssel Adenauer übernommen hat, gewissermaßen in Stellvertretung von Dulles. Die Bestimmtheit seines "Nein" entspricht der eigenen und der Auffassung des amerikanischen Außenministers von Verhandlungen als einem Mittel, die eigene Auffassung ohne Vorbehalt durchzusetzen, oder auf dieses Mittel überhaupt zu verzichten.

Alles Bemühen von dieser Seite konzentriert sich darauf, die bisher vorliegende Form der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu retten, die schon eine klare Diskriminierung der Bundesrepublik enthält. Das bestätigte am Donnerstag auch die "Times", die die französischen Änderungswünsche eine weitere Diskriminierung Deutschlands nannte. Damit sollte klar sein, dass das EVG-Projekt untauglich ist, und dass man die Gelegenheit von Brüssel benutzen sollte, eine erste praktische Sondierung über eine neue Form militärischer Zusammenarbeit vorzunehmen, statt an einem unhaltbar gewordenen Prinzip festzuhalten.

Diese neue Form könnte nur in der Festlegung der Gleichberechtigung aller Partner bestehen. Das aber setzt gänzlich neue Überlegungen voraus. Die EVG ist endgültig festgefahren und kompromittiert, ob es nun zu einem Kompromiss in Richtung auf die französischen Abänderungswünsche kommt oder nicht.

Feudalismus und Nationalismus in Marokko

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter, der kürzlich von jahrelangem Aufenthalt in Nordafrika nach Deutschland zurückkehrte.

Rw. Als vor zwei Jahren berberische Stämme aus dem Atlas nach Rabat zogen, nahm in Nordafrika niemand diese angebliche Revolte gegen den Sultan Sidi Mohammed ben Jusuf ernst. Es gibt nördlich der Sahara ein bestimmtes, aus den Anfängen der Kolonialzeit stammendes System der französischen Verwaltung, "spontane" Kundgebungen zu erzeugen. Dieses System beruht auf der unmittelbaren Botmäßigkeit der von Frankreich angesetzten Kaida oder Stammesfürsten im tiefen Süden, wo die alte Stammesverfassung auflösende Einwirkung moderner Wirtschaftsverhältnisse und der Lohnarbeit noch nicht wirksam wurden. Aber je weiter die Umwandlung der sozialen Struktur durch die Erschließung der Bodenschätze auch in jene Gegenden vordringt, die von der marktwirtschaftlich betriebenen Großlandwirtschaft kolonialen Stils bisher verschont blieben, je weniger wirksam wird das System der begeisterten Demonstrationen im Hollywooder Wüstenstil. In Tunesien finden solche Kundgebungen schon lange nicht mehr, im benachbarten Algerien nur noch selten statt.

Marokko aber ist das jüngst der Kolonisation erschlossene Land Nordafrikas. Daher hat sich hier manches erhalten, daher gibt es auch noch keinen einheitlichen marokkanischen Nationalismus wie es etwa einen tunesischen Nationalismus gibt. In Französisch-Marokko greift die nationale Bewegung aus städtischen Patrizierkreisen und von den Kaffeehäusern der jungen Intellektuellen auf weitere Kreise nur im Bereich der alten arabischen Städte und auf das erst seit kurzer Zeit aus dem Süden zugewanderte Neuproletariat über. Im Gegensatz hierzu leben die berberischen Stämme des Atlasgebirges noch in feudaler Abhängigkeit von Gebietsfürsten, die sich in den zwanziger Jahren den französischen Truppen angeschlossen haben; aber nur um desto ungestörter den Zehnten von ihren Vasallen erheben und weiter regieren zu können.

Die Rolle des mächtigen Paschas von Marakkesch

Der Pascha von Marakkesch, El Glaoui, ist unter diesen Herren des Atlas immer noch eine Macht, seines Geldes und seines Einflusses willen, dem sich die Stammeshäuptlinge seines Herrschaftsbereichs nicht

zu entziehen wagen. Er verkörpert den Feudalherren alten Stils, weiß aber andererseits genau, wie man das seinen Untertanen abgenommene Geld in moderner Weise gewinnbringend anlegt. El Glaoui weiß noch mehr, er weiß, dass seine Herrschaft bedroht ist von der modernen kapitalistischen Entwicklung des Flachlandes und noch mehr von der aufkeimenden nationalen Bewegung arabischer Erziehung. Daher spielt er sich als treuer Verbündeter der französischen Verwaltung auf; daher tat er das Seine dazu, um der Absetzung des Sultans Sidi Mohammed ben Jusef eine, in der alten theokratischen Verfassung der kaiserlichen Gewalt in Marokko begründete Rechtfertigung zu geben. Er brachte die Geistlichen zusammen, die Ben Jusefs modernistischen Geist fürchteten und wunschgemäß einen neuen Sultan, Sidi Mohammed ben Arafa, wählten, dessen Verbundenheit mit dem vorgestrigen religiösen Traditionalismus Gewähr dafür bot, dass der Feudalismus in Atlas weiterleben kann.

Nunmehr aber, an der Wende der französischen Politik in Nordafrika, die den Gegebenheiten der nationalen Strömungen und modernen Entwicklung Rechnung tragen will, kam El Glaoui mit seinen berberischen Reitern ungerufen vor die Tore Rabats, um zu demonstrieren, dass er nicht gewillt sei, sich etwa beiseite schieben zu lassen. Während die arabische Bevölkerung der Städte und des flachen Landes in hellem Aufruhr für Ben Jusef als den Mann der nationalen Bewegung demonstriert, versteift sich die Haltung der berberischen Stämme des bergigen Südens als Steigbügelhalter des Traditionalisten Ben Arafa. Dies ist das politische Bild, das die Ereignisse der letzten Wochen in Marokko verstehen läßt.

Wie Mendès-France dieser Lage Herr werden soll, ist nicht ohne weiteres abzusehen, denn er hat die Folgen einer unüberlegten und die Entwicklung in Marokko nicht beachtenden Politik seiner Vorgänger zu übernehmen. Sie wird heute von dem großen Feudalherren aus Marakesch ebenso ausgenützt werden, wie im spanischen Teil Marokkos durch den spanischen Diktator Franco. Nicht aus Liebe für den marokkanischen Nationalismus oder gar, um den Marokkanern Freiheit zu geben, die es im spanischen Festland nicht gibt, sondern lediglich um Frankreich in Nordafrika Schwierigkeiten zu bereiten, wird nämlich in Spanisch-Marokko nur der abgesetzte Sultan Ben Jusef anerkannt.

Vor einem Duell Kopf - Ehlers?

H.J., Hannover

Die Ferien des Niedersächsischen Landtages gehen zu Ende. Die Parlamentsmaschinerie beginnt langsam wieder anzulaufen. In den sachlichen Tenor der vorbereitenden Ausschußberatungen wird sich aber wohl bald im Plenum der hellere Ton des kommenden Wahlkampfes einmischen. Nach Hessen, Bayern, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein wird im Frühjahr des nächsten Jahres auch Niedersachsen seinen dritten Landtag nach dem Kriege zu wählen haben. Es scheint, dass es auch diesmal seinem Schicksal, Versuchsgelände und Exerzierplatz größerer politischer Experimente zu sein, nolens-volens nicht entgehen wird.

Dabei sind die ersten Vorgefechte bereits geschlagen, genauer: die ersten Angriffe der Opposition (CDU, DP, FDP) abgeschlagen worden und zwar auf dem Felde des Kulturkampfes um die Schulgesetzgebung - der übrigens von Münster aus gesteuert wurde - und der kritischen Prüfung der Personalpolitik der Regierung. Der von der Opposition geforderte und vom Landtag eingesetzte sogenannte Beyer-Ausschuss tritt in Kürze zu seiner 50.Sitzung zusammen, mit der allgemeinen Tendenz, Schluss zu machen. Das Ergebnis ist mehr als mager. Die erwarteten fraglichen Skandale blieben aus. Bleibt zu fragen, ob es nicht ein Skandal ist, dass aus parteipolitischen Erwägungen fast 100 000,- DM zum Studium von Personalakten ausgegeben werden mußten.

Den nervösen Wünschen der Oppositionsparteien auf Abänderung des Landeswahlgesetzes schaut Kopf mit seiner SPD/BHE-Mehrheit im Landtag gelassen zu. Er ist zunächst der Meinung, dass man nicht zu jeder Wahl ein neues Wahlgesetz erlassen sollte, lässt aber über kleine technische Abänderungen mit sich reden. Die CDU verlangt einige Änderungen mit der Drohung, sich sonst mit DP und FDP zu einem Niedersachsenblock zusammenzuschließen, falls eben wahrlich

der Alleingang nicht erleichtert würde. Dazu ist allerdings sehr fraglich, ob die FDP mit von der Partie sein möchte. Es herrscht ausgesprochenes Unbehagen in der Opposition. Alle Versuche, "die rote Zementierung in Niedersachsen aufzubrechen", sind fehlgeschlagen. Man hatte dem populären Ministerpräsidenten Niedersachsens, Heinrich Wilhelm Kopf, im Lande nichts gleichwertiges entgegenzustellen. Nun will die CDU stärkeres, ja stärkstes Geschütz auffahren. Sie suchte einen Kopf, den sie Kopf konfrontieren kann, und verfiel auf Ehlers, den Bundestagspräsidenten. Die Kommentare zu diesem Entschluß liefern ihre eigenen, jetzigen Oppositionspartner.

DP-Leute erblicken darin den Versuch, nun auch in ihrem Stamm-land von der CDU überspielt zu werden. Und das mißfällt ihnen. Aus der FDP kommen zwei Versionen. Die erste lautet etwa so: Dem Hochsiebziger Adenauer, einigen seiner nächsten Mitarbeiter und dem katholischen Flügel der CDU dünke der protestantische Oberkirchenrat und ehrgeizig-vitale Hermann Ehlers in Bonn als möglicher Kanzler-Kandidat zu stark zu werden. Deshalb sähen sie ihn lieber in Hannover, 350 km weit vom Schuss, sozusagen auf Abstellgleis, oder auch - seines ausgeprägten weltlichen Selbstbewusstseins wegen - gern einmal durchfallen. Die zweite Version deutet die Nomination umgekehrt als den uneingestandenem Entschluß anderer Kreise der CDU, Ehlers die nötigen Sporen in der Exekutive verdienen zu lassen, um ihn auf Bonner Regierungsaufgaben vorzubereiten.

Die Niedersachsen werden sich also mit Hermann Ehlers wohl oder übel auseinanderzusetzen haben. Man erinnert sich, dass er, in seltsamer Interpretation seines Amtes als Bundestagspräsident, schon einige Male in interne landespolitische Geschehnisse einzugreifen versuchte. Man denkt an seine Stellungnahmen im Schulstreit, in denen er die unverkennbaren Bestrebungen zur Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens bagatellisierte, und weiß dabei, dass er es im wesentlichen war, der bei der Bildung der Bundesregierung die Konfessionsarithmetik angewandt wissen wollte, so dass schließlich der arme Bundespostminister 1. Bayer, 2. Protestant sein und 3. auch etwas von Briefmarken verstehen musste. Und man fragt letztlich, ob Niedersachsen sich damit nun endgültig als Schulungsgebiet für Bonner Ambitionen abzufinden und in seinem Ministerpräsidenten künftig nur noch einen Gouverneur der Zentralregierung zu sehen habe.

Das Ehren-ABC der A.B.N.Korrespondenz

P.H. Die Stadt München könnte sich mit einer gewissen Berechtigung den Titel einer Welt-Regierungsstadt beilegen. Sie beherbergt - wie Fachleute behaupten - gegenwärtig über vierzig Exilregierungen, deren Generäle, Minister und Ministerpräsidenten mit mehr oder weniger ehrlicher Überzeugung und moralischer Berechtigung darauf warten, die von den Kommunisten unterdrückten Völker zu befreien. Es liegt im Wesen jeder Emigration, dass sie leicht dazu neigt, einerseits ihre eigene Bedeutung zu überschätzen und andererseits ihre Interessen mit denen des Gastlandes - in diesem Falle der Bundesrepublik - gleichzusetzen.

Der Kampf der verschiedenen Emigrantenorganisationen untereinander wäre ebensowenig tragisch zu nehmen wie ihre Unduldsamkeit gegen Andersdenkende des Landes, in dem sie Gäste sind, d.h. gegen jene Bewohner der Bundesrepublik, die in antibolschewistischen Kreuzzugs- und Befreiungsparolen nicht die höchste politische Weisheit sehen. Bedenklich wird der Dschungelkampf der Emigrantengruppen aber dadurch, dass sich unter ihnen einige Organisationen befinden, bei deren Mitgliedern das demokratische Bewusstsein erst nach 1945 zum Ausdruck gekommen ist und deren demokratischen Beteuerungen durch ihre faschistische Vergangenheit - und z.T. auch faschistische Gegenwartspraxis - jede Glaubwürdigkeit fehlt. Eine dieser Gruppen ist der "Antibolschewistische Block der Nationen", der ein monatliches Informationsblatt herausgibt, die "A.B.N.Korrespondenz", (München 33, Postschließfach 70). Dieses in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinende Blatt fordert "Freiheit den Völkern!" und "Freiheit dem Menschen!".

Diesen Parolen Rechnung tragend, beschäftigen sich die A.B.N.-Herren auch mit dem "Fall Otto John" und verübeln es den "verantwortlichen Männern im Westen", dass sie glauben, mit Männern zusammenarbeiten zu müssen, "die in Kriegszeiten im fremden Solde standen, Henkersdienste gegen das eigene Vaterland leisteten." Sie geben des weiteren den Alliierten den wohlmeinenden Rat, sie mögen ihre "Hand ritterlich den Patrioten und Ehrenmännern dieses Volkes reichen und nicht mit Halunken weiter zusammenarbeiten".

Die NS-ABN-Leute verstehen also unter "Patrioten und Ehrenmännern" die ehemaligen SS-Generäle und Wazibonzen, während die Gegner Hitlers zu "Halunken" gestempelt werden. So sieht das Ehren-ABC der ABN-Korrespondenz und ihrer faschistischen Hintermänner aus!

Wäre es nicht an der Zeit, wenn sich die zuständigen Stellen für dieses politische Alphabet interessieren würden?

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau